

## 100 Jahre Thüringen im Überblick

Landeszentrale bietet Broschüre an

**Erfurt.** Zum Auftakt des Jubiläums „100 Jahre Thüringen“ veröffentlicht die Landeszentrale für politische Bildung die Broschüre „Der Freistaat Thüringen 1920-2020“. Verfasst hat sie der Erfurter Historiker Steffen Raßloff, Mitglied der Historischen Kommission für Thüringen und Autor vieler Standardwerke zur Landesgeschichte. Die 35-seitige Publikation gibt einen populärwissenschaftlichen Überblick über die erste Landesbildung samt Vor- und Nachgeschichte.

Der 1. Mai 1920 gehört zu den Schlüsseldaten der thüringischen Geschichte. Nach Jahrhunderten fürstlicher Kleinstaaterei entstand an diesem Tag per Reichsgesetz ein demokratischer und föderaler Gliedstaat der Weimarer Republik: „Die Länder Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Reuß, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha ohne das Gebiet von Coburg, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen werden mit Wirkung vom 1. Mai 1920 zu einem Lande Thüringen vereinigt.“

Symbolisch verdrückt sich der historische Moment im Landeswappen von 1921, das auf dem Umschlag der Publikation zu sehen ist. Die sieben silbernen Sterne auf rotem Grund stehen für die zusammengeschlossenen Kleinstaaten. Sie erinnern zugleich an das Sternenbanner der USA, das als Ausdruck eines demokratisch-föderalen Staatswesens galt. Jene sieben Sterne gingen 1991 in das Wappen des heutigen Freistaates Thüringen ein. Ergänzt um einen Stern für die einst preußischen Gebiete um die Landeshauptstadt Erfurt, umgeben sie den rot-silbern gestreiften Löwen auf blauem Grund der Landgrafen von Thüringen. red

Die Broschüre ist kostenlos bei der Landeszentrale in Erfurt erhältlich, Regierungsstraße 73, oder kann im Internet bestellt werden: [www.lzt-thueringen.de](http://www.lzt-thueringen.de)

### Korrektur

#### Manfred Grob hat unterschrieben

In der Donnerstagsausgabe dieser Zeitung war berichtet worden, dass Evelin Groß eine der Unterzeichnerinnen eines Schreibens von sieben ehemaligen Landtagsabgeordneten an den CDU-Landesvorstand und die CDU-Fraktion ist. Das trifft nicht zu. Unterschrieben hat den Brief stattdessen Manfred Grob. Die Redaktion bittet um Entschuldigung.



Tausende Menschen haben am vergangenen Samstag in Erfurt an einer Demonstration gegen die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD teilgenommen.

FOTOS (3): SASCHA FROMM

# Tausende Menschen gegen Rechtsruck

Demonstranten setzen sich in Erfurt für eine solidarische und demokratische Gesellschaft ein

Von Kai Mudra

**Erfurt.** Tausende Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet haben in Erfurt für ein demokratisches Miteinander und gegen jede Art von Rassismus und Antisemitismus sowie eine Zusammenarbeit mit der AfD demonstriert. Rednerinnen und Redner von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, der evangelischen Kirche, von Frauenrechtsorganisationen, von Fridays for Future und von antifaschistischen Organisationen verurteilten die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Thüringer Ministerpräsidenten mit Hilfe der Stimmen der AfD.

Scharfe Kritik mussten sich auch CDU und FDP gefallen lassen, die die Wahl im Anschluss toleriert hatten. Mehrere Redner warfen der AfD vor, die Gesellschaft spalten zu wollen, anstatt ein solidarische und demokratisches Miteinander zu befördern. Mit Faschisten dürfe es keine Zusammenarbeit der demokratischen Parteien geben, lautete eine klare Botschaft vor allem auch an CDU und FDP. Beide Parteien hatten gemeinsam mit der AfD Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten gewählt.

Stefan Krözell vom DGB-Bundesvorstand sprach von einer unglaublichen „Ignoranz und Machtversessenheit“, die CDU und FDP 75 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz demonstriert hätten. Der evangelische Propst Christian Stawenow forderte von den Politikern redliches und wahrhaftiges Verhalten.

Einen schamlosen Demokratiemissbrauch der AfD, den CDU und FDP ausgenutzt hätten, um Rot-



Nach der Auftaktveranstaltung auf dem Domplatz zog der Demonstrationstrupp durch das Erfurter Stadtzentrum.

FOTO: KAI MUDRA

Rot-Grün zu verhindern, nannte Reinhard Schramm den Wahlekt. Der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde hielt seine Rede am Samstag wegen des Sabbats nicht selbst, sondern ließ sie verlesen.

Von Erfurt gehe ein lautes zivilgesellschaftliches Nein aus, rief Pia Oelsner von der Fridays-for-Future-Bewegung den Demonstranten zu. Die Kraft der Großdemonstration in Erfurt müsse jetzt in die Regionen

mitgenommen werden, erklärte Thomas Jacob, Vertreter der Thüringer Bürgerbündnisse gegen Rechts.

Die Wahl des FDP-Politikers Kemmerich mit den Stimmen der AfD zum Regierungschef bedeute die Aufkündigung eines jahrzehntelangen Grundkonsenses deutscher Politik, machte Klaus Dörre von der Friedrich-Schiller-Universität Jena deutlich. „Keine Zusammenarbeit mit alten und neuen Faschisten bei



Propst Christian Stawenow fordert von den Politikern redliches Verhalten.



Auch mehrere Künstler, unter ihnen Sängerin Shaniqua, traten auf dem Domplatz auf.

politischen Entscheidungen.“ Aber es habe nur wenige Stunden gebraucht, bis die ersten Proteste begonnen hätten und der Sturm losbrach, fügte der Soziologe an. CDU und FDP hätten diesen Tabubruch begangen. Die anderen demokratischen Parteien seien dagegen dem antifaschistischen Grundkonsens treu geblieben.

Der Wissenschaftler sieht in einer erneuten Wahl einer Regierung

unter Bodo Ramelow den einzigen Ausweg aus der aktuellen Regierungskrise in Thüringen. Vorübergehend. Denn die Demokraten bräuchten sich aus seiner Sicht vor Neuwahlen nicht zu fürchten. Der Tabubruch habe viele Menschen zum Nachdenken gebracht, die bisher geglaubt hätten, dass so etwas nicht möglich wäre.

Der Massenprotest am Samstag nachmittag in Erfurt ist friedlich verlaufen. Viele junge Demonstranten, aber auch die „Omas gegen Rechts“ und ganze Familien waren dem Aufruf des DGB sowie der Initiative „Unteilbar“ gefolgt. Die Veranstalter sprachen von bis zu 18.000 Teilnehmern, die Polizei von etwa 9000. Als vollen Erfolg sah der DGB-Vizechef für Hessen und Thüringen, Sandro Witt, die Demonstration.

Erfurt habe gezeigt, dass Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet bereit seien, gegen die Aktivitäten der AfD und von rechts auf die Straße zu gehen und sich zu wehren. „Das ist ein starkes Signal“, sagte er dieser Zeitung und dankte ausdrücklich der Polizei für die kooperative Zusammenarbeit.

Die Einsatzkräfte agierten an diesem Samstag extrem zurückhaltend. Auf dem Domplatz und während des Protestzugs durch die Erfurter Innenstadt waren nur wenige Polizisten zu sehen. Die meisten von ihnen sperrten kurzfristig Straßen für die Demonstranten ab. Neben diesen Sperrungen waren auch zwei Straßenbahnlinien vorübergehend von den Behinderungen betroffen.

Gegen 17 Uhr endete die Protestkundgebung.

## Eine Personalentscheidung rückt erneut in den Fokus

Früher Polizist, jetzt AfD-Abgeordneter: Ringo Mühlmann stellt „Kleine Anfrage“ in eigener Sache

Von Fabian Klaus

**Erfurt.** Wie politisch dürfen sich Polizisten privat engagieren? Hat der Präsident des Landeskriminalamtes eine funktionierende Organisationseinheit im Frühjahr 2017 zerrissen, weil ihm ein Polizeibeamter in der Pressestelle ob seines politischen Engagements unliebsam war? Welche Rolle spielte der damalige Innenminister?

Die Frage, wie politisch Polizisten sein dürfen, hatte gerade im Vorfeld der Landtagswahl in Thüringen im Oktober 2019 an Bedeutung gewonnen – vor allem, weil für die AfD insgesamt fünf Polizisten angetreten waren. Drei davon haben den Sprung in den Landtag geschafft.

Und doch beschäftigt das Thema auch in Thüringen die politischen Verantwortungsträger schon einige Jahre länger.

Das Beispiel Ringo Mühlmann lässt sich gut als Beleg dafür anführen. Dessen AfD-Geschichte beginnt im Oktober 2016. Damals, in Arnstadt, hat die junge Partei zu ihren Landesvorstandswahlen gerufen. Die AfD befindet sich zwischen solchen, die später Extremist genannt werden dürfen, und solchen, die einfach nur aus dem Euro raus wollen oder finden, dass im Staat einiges schief läuft. Mühlmann hat sich der Partei angeschlossen und lässt sich auf jenem Landesparteitag als einer von sechs Beisitzern in den Vorstand wählen.



Ringo Mühlmann FOTO: MARCO SCHMIDT

Mühlmann rückt in den Fokus und droht, für den damaligen Innenminister Holger Poppnhäger (SPD) zu einem Problem zu werden. Die Personalie wird politisch heiß diskutiert. Einerseits dürfen sich Polizeibeamte privat politisch engagieren. Andererseits: Mühlmann ver-

tritt damals als Mitarbeiter der Pressestelle des Landeskriminalamts nach außen. Kann er diese herausgehobene Funktion weiter ausüben, wenn er in der Partei ebenfalls einen Posten hat, der nach außen hin austrahlt? Immerhin sitzt er nicht irgendwo, sondern im Landesvorstand. Auf Anfragen zu dem Fall reagierte das Innenministerium damals nicht – aber Mühlmann, damals auf den Ministeriumsfluren eine heiß diskutierte Personalie, wird versetzt, taucht einige Monate später nicht mehr als Mitarbeiter der LKA-Pressestelle auf.

Fast drei Jahre danach gehört Mühlmann für die AfD dem Thüringer Landtag an und hat als dessen Mitglied eine „Kleine Anfrage“ zur

Pressestelle des LKA gestellt. Darin begehrt er Antwort darauf, welche Aufgabenveränderung in der Pressestelle es dem LKA-Chef im Frühjahr 2017 ermöglichte, „einen der beiden dort tätigen Beamten“ zur Geschäftsaushilfe zu versetzen.

Mühlmann selbst ist damit gemeint. Das Innenministerium begründet das mit einem „seinerzeit bestehenden akuten Personalbedarf im hochpriorisierten bundesweiten Projekt PIAV“, das die Schaffung eines „Polizeilichen Informations- und Analyseverbundes“ beschreibt – also die Behörden besser vernetzen soll. Der Beamte sei dort hin versetzt worden, um das „Erreichen der Teilprojekte in Thüringen“ nicht in Gefahr zu bringen.

Dass kurz zuvor Mühlmanns AfD-Engagement bekannt geworden war, stehe in keinem zeitlichen Zusammenhang.

Mühlmann hält seine Versetzung bis heute für falsch. Es sei, sagt er auf Anfrage, die funktionierende Einheit „Pressestelle“ auseinandergerissen worden. Aktuell ist diese, trotz dem vom Ministerium erkannten Personalbedarf von zwei Stellen, mit nur einer Stelle unterbesetzt. Den „akuten Bedarf“, mit der Begründung wurde Mühlmann seinerzeit zu „PIAV“ verschoben, „habe ich in den zwei Jahren meiner Tätigkeit dort nicht bestätigt bekommen“, sagt der einstige LKA-Vize-Pressesprecher und heutige Landtagsabgeordnete.